

Uwe Backes / Patrick Moreau

Europas moderner Rechtsextremismus

Ideologien, Akteure, Erfolgsbedingungen
und Gefährdungspotentiale





Uwe Backes, Patrick Moreau

Europas moderner Rechtsextremismus

Ideologien, Akteure, Erfolgsbedingungen und
Gefährdungspotentiale

Vandenhoeck & Ruprecht

Diese Studie ist im Auftrag der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. erstellt worden.
Gedruckt mit finanzieller Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland.

Bibliografische Information der Deutschen Bibliothek:
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten
sind im Internet über <https://dnb.de> abrufbar.

© 2021, Vandenhoeck & Ruprecht GmbH & Co. KG, Theaterstraße 13, D-37073 Göttingen
Alle Rechte vorbehalten. Das Werk und seine Teile sind urheberrechtlich geschützt.
Jede Verwertung in anderen als den gesetzlich zugelassenen Fällen bedarf der vorherigen
schriftlichen Einwilligung des Verlages.

Umschlagabbildung: Matteo Salvini, Marine Le Pen, Jörg Meuthen, Geert Wilders.
IMAGO / Matteo Gribaudo

Umschlaggestaltung: SchwabScantechnik, Göttingen
Satz: le-tex publishing services, Leipzig

Vandenhoeck & Ruprecht Verlage | www.vandenhoeck-ruprecht-verlage.com

ISBN 978-3-647-31131-9

Inhalt

Vorwort	7
Zusammenfassung	13
1. Einleitung: Zwischen Demokratie und Neofaschismus	17
2. Akteure: Parteien und ihr organisatorisches Umfeld	21
3. Ideologien und Programme.....	25
3.1 Ethnonationalismus.....	25
3.2 Der „Große Austausch“	27
3.3 Muslimfeindlichkeit statt Antisemitismus?	31
3.4 Frauenrechte und „Genderwahn“	33
3.5 „Nützliche“ und „schädliche“ Minderheiten?	35
3.6 Zwischen „Europa der Vaterländer“ und Eurasismus	40
3.7 Antiimperialismus und Querfront	44
3.8 Putins Russland als Faszinosum	47
3.9 Zwischen Christentum und Neuheidentum	50
3.10 Verschwörungstheorien um das Coronavirus	52
3.11 Ökologie von rechts?	54
4. Erfolgsbilanz: Europawahlen 2019.....	59
5. Erfolgsbedingungen	71
5.1 Politische Nachfrage	71
5.1.1 Globalisierungsverlierer oder Kommunitaristen?	71
5.1.2 Migration und Sicherheit	73
5.1.3 Erinnerungskulturen und Autoritarismus in Ost und West.....	74
5.1.4 Verschwörungstheorien und Vertrauensverlust.....	75
5.1.5 Verschwörungstheorien in der Corona-Pandemie	79
5.1.6 EU, Putin und Trump	81
5.2 Politische Gelegenheiten	82
5.3 Politische Angebote	84
5.3.1 Programme: Zwischen Mäßigung und Radikalisierung.....	84
5.3.2 Organisation: Charismatische Einmannparteien?.....	86

6 | Inhalt

5.3.3 Kommunikation: Vorsprung in Sozialen Medien	88
5.3.4 Strategien: Zwischen Regierungsfähigkeit und Fundamentalopposition	96
6. Gefahren für die europäischen Verfassungsstaaten	101
Literatur	105
Abkürzungen	129
Die Autoren	133

Vorwort

Bei der Vorstellung des Verfassungsschutzberichtes bezeichnete Bundesinnenminister Horst Seehofer im Juni 2020 den Rechtsextremismus zum wiederholten Male als die größte Bedrohung für den demokratischen Rechtsstaat. Die Verfassungsschützer konstatierten gegenüber dem Vorjahr nicht nur mehr Straftaten mit einem rechtsextremistischen Hintergrund, sondern auch eine höhere Zahl gewaltbereiter Rechtsextremisten und eine gestiegene Gewaltbereitschaft rechtsideologisch motivierter Täter. Die Schüsse auf einen Flüchtling aus Eritrea im hessischen Wächtersbach, der Mord am Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke, der Anschlag auf eine Synagoge in Halle und der anschließende Amoklauf des Täters, dem zwei Menschen zum Opfer fielen, und der Anschlag in Hanau, bei dem neun Menschen ermordet wurden, sind nur die sichtbare Spitze einer bestürzenden Entwicklung. Ihr gingen ein rechtsextremistisch motivierter Anschlag am Münchener Olympia-Einkaufszentrum im Juli 2016 und die beispiellose Mordserie des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) zwischen 2000 und 2007 voran. Von der Öffentlichkeit weniger beachtet kommen Morddrohungen an Richterinnen und Richter und an Repräsentanten des Staates hinzu. Zudem kursieren sogenannte „Todeslisten“ im Internet gegen Journalisten, Aktivisten und andere Politiker und Politikerinnen, die sich gegen rechte Kräfte engagieren. Und nicht zuletzt wurden in jüngster Vergangenheit rechtsextremistische Umtriebe in den Polizeibehörden mehrerer Bundesländer offenkundig, nachdem wiederholt ähnliche Vorfälle in der Bundeswehr ans Tageslicht kamen.

Die Anzahl und die Häufung derartiger Vorfälle zeigen: In Deutschland, aber auch anderen Ländern Europas (und darüber hinaus), haben sich Rechtsextremismus, rassistisch und rechtsideologisch motiviertes Denken, aber auch entsprechende Straftaten zu einem veritablen gesellschaftlichen Problem entwickelt.

Die Erscheinungsformen des Rechtsextremismus sind vielfältig. Nicht immer äußert er sich im Terror und mit physischer Gewalt. In zahlreichen Ländern der westlichen Welt haben sich Milieus entwickelt, die die Grundlagen der demokratischen Ordnung nicht nur in Frage stellen, sondern diese verbal und geistig attackieren. Diese Milieus sind heterogen und nur lose miteinander verbunden. Gemeinsamkeiten bestehen jedoch in einer tiefen Abneigung gegenüber den Institutionen und Verfahren der Demokratie und ihrer Grundlagen wie Meinungsfreiheit und der Anerkennung der Legitimität anderer Meinungen, einer ausgeprägten Feindlichkeit gegenüber demokratisch gewählten Politikerinnen und Politikern sowie anderen Eliten aus Wirtschaft, Kultur und Medien und dem Denken in Feinbildern. „Wir gegen die“ ist eine der Grundüberzeugungen in den rechten Milieus, wobei „die“

in vertikaler Hinsicht „die da oben“ und in horizontaler Hinsicht „die da draußen“, also Angehörige anderer Kulturkreise sind, die die nationale und kulturelle Identität der einheimischen Bevölkerung angeblich bedrohen.

Rechte Milieus zeigen sich besonders anfällig gegenüber Verschwörungstheorien. Sie glauben an einen von den westlichen Regierungen bewusst verfolgten oder zumindest tolerierten „großen Austausch“ der einheimischen Bevölkerung durch Muslime oder daran, dass die anhaltende Corona-Pandemie das Werk einzelner sei, um das Volk zu unterdrücken oder unvorstellbare Profite zu erzielen. In den rechten Milieus haben sich Informationsblasen gebildet, in denen nur noch Meinungen und Stimmungen ausgetauscht und geteilt werden, die den eigenen entsprechen. Daraus folgt eine komplette Ablehnung von sachlichen Argumenten, die nur dem einzigen Zweck dienen würden, all die berechtigten Sorgen und Zweifel zu diskreditieren, die „im Volk“ angeblich kursierten. Geschürte Vorurteile gegenüber sozialen oder religiösen Minderheiten, Fremdenfeindlichkeit, Aversionen gegenüber dem Islam und dem Judentum, Anti-Globalisierungseinstellungen, die Ablehnung von multinationaler Kooperation und die Forderung nach Rückzug in die nationale Wagenburg bei gleichzeitiger Überhöhung (und Instrumentalisierung) der eigenen Nation kommen hinzu.

Wie heterogen all diese Gruppierungen sind, haben die Anti-Corona-Demonstrationen im Spätsommer 2020 unter Beweis gestellt, als eine Mischung aus Esoterikern, Reichsbürgern, Rechtsextremisten und Mitläufern die Stufen des Berliner Reichstagsgebäudes erstürmten und die Rechten dabei genau die Bilder produzierten, die sie für ihre Propaganda im weltumspannenden Internet haben wollten.

Die Attraktivität rechter Ideologien und ideologischer Versatzstücke hat zu einem Gutteil mit weitreichenden Veränderungen in rechtsextremen Kreisen zu tun. Rechtsextreme sind heute nicht mehr nur durch äußere Merkmale sofort ersichtliche Gewalttäter. Sie kombinieren geschickt Sorgen und Vorurteile gegenüber Globalisierung, Einwanderung, Flüchtlingen, Fremden und Fremdem, der Demokratie, ihren Verfahren, ihren Institutionen und ihren Repräsentanten mit ideologischen Versatzstücken aus Rassismus, Nationalismus, Kapitalismuskritik, Literatur, Esoterik und Ökologie mit zeitgemäßen Kommunikationstechnologien. So erreichen sie eben nicht mehr nur überdurchschnittlich häufig eher weniger gut gebildete junge Männer, die sich von nationalsozialistischer Sprache und Symbolik, paramilitärischen Strukturen oder Ausländerfeindlichkeit angezogen fühlten. Die Ausstrahlung der rechtsextremen Kräfte geht heute viel weiter und spricht auch Frauen, einst verunglimpft Minderheiten wie Homosexuelle, Umweltschützer und auch „ganz normale“ Bürger an. Durch gefälliges Auftreten, eine zumindest vordergründig gemäßigttere Tonalität, moderne Kommunikationskanäle und -strategien ist extrem-rechtes Gedankengut in weite Teile der Gesellschaft eingesickert und hat sich dort ausgebreitet. Diese Infiltrierung mit Ideologien, Halb- und Unwahrheiten,

Verschwörungsglaube und die abnehmende Bereitschaft, andere Meinungen als legitim zu betrachten, ist vermutlich ebenso gefährlich für den gesellschaftlichen Zusammenhalt wie Terror, denn all diese Erscheinungen zerstören die Grundlagen der bürgerlich-demokratischen Gesellschaft, die auf Freiheit, Rechtsstaatlichkeit, Achtung vor dem Gegenüber, den auf demokratischem Wege entstandenen Gesetzen und den Institutionen des demokratischen Rechtsstaats basiert.

Die Konrad-Adenauer-Stiftung untersucht seit Jahren die Ideologien und Organisationsformen rechtsextremer Kräfte in Deutschland und Europa. Neben der Analyse hat sie immer wieder Vorschläge unterbreitet, wie die demokratische Gesellschaft im Allgemeinen und Unionspolitikerinnen und -politiker im Besonderen mit den Gefahren und Herausforderungen von rechts umgehen sollten. Dabei wurde klar: Wo gegen Gesetze verstoßen oder gar die freiheitliche demokratische Grundordnung der Bundesrepublik attackiert wird, muss sich der Rechtsstaat mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zur Wehr setzen. Diese Aufgaben kommen dann in erster Linie den Sicherheitsbehörden zu.

Im legalen Bereich der politischen Konfrontation jedoch, in dem Provokationen, verbale Angriffe auf politische Gegner oder Angehörige von Minderheiten oder das Verbreiten von Falschmeldungen (gerade noch) erlaubt oder nicht verboten sind, weil die Demokratie viele Meinungen duldet, auch solche, die kaum zu ertragen sind, ist die Auseinandersetzung noch schwieriger. Fast jede Reaktion, sei es durch Medien, Gesellschaft oder Politik, spielt den rechten Provokateuren in die Hände.

Das bedeutet aber nicht, dass man die Ideologien und das Gedankengut in diesen rechtsextremen Milieus nicht zur Kenntnis nehmen muss, weil sich eine argumentative Auseinandersetzung mit Rechtsextremen nicht (mehr) lohnt. Im Gegenteil: Kenntnisse dieser ideologischen Versatzstücke und rechtsextremer Weltbilder helfen zum einen, sie zu identifizieren und – falls nötig – die eigenen Positionen zu schärfen, gerade dann, wenn Agitatoren behaupten, man läge gar nicht weit von bürgerlichen Ansichten entfernt.

Eine direkte Gegenüberstellung von Behauptungen hier und Argumenten dort wäre etwas holzschnittartig und für die politische Debatte kaum geeignet. Sie zeigt aber, wie fundamental unterschiedlich die rechtsextremen Weltbilder von demokratischen, humanistischen und damit eben auch christlich-demokratischen Überzeugungen sind. Die Vorstellung in rechtsradikalen und -extremen Kreisen, der Wert eines Menschen bemesse sich nach dessen ethnischer oder nationaler Zugehörigkeit, ist unvereinbar mit unserer Auffassung von der Einzigartigkeit jedes Menschen und seinem Grundrecht auf die freie Entfaltung der Person. Die Vorstellung, es gäbe einen quasi vorgegebenen, homogenen Volkswillen, ist ebenfalls nicht kompatibel mit unserer Auffassung menschlicher Individualität, Meinungsfreiheit und vom Pluralismus in demokratischen Gesellschaften. Unter demokratischen Bedingungen ist Politik immer das Ergebnis teilweise mühevoll ausgehandelter Kompromisse unter Anerkennung der Rechtmäßigkeit anderer Auffassungen. Für

(christliche) Demokraten ist Politik also immer ein Interessenausgleich, der auf Kompromissbereitschaft und Aushandlungsprozessen beruht und dabei bestrebt ist, sich einem im besten Fall im Nachhinein festzustellenden Gemeinwohl anzunähern oder diesem zu dienen – und nicht einem latent vorhandenen einheitlichen „Volkswillen“.

Die Verächtlichmachung von politischen Gegnern und von verantwortungsvollen und leistungsfähigen demokratischen Parteien als „Alt-“ oder „Systemparteien“, die Geringschätzung von Parlamenten als „Quasselbuden“ oder die Betonung von Volksabstimmungen als alleinigem Weg, dem „wahren Volkswillen“ Geltung zu verschaffen, ist nicht kompatibel mit unserer Auffassung von Meinungsfreiheit (in den Grenzen, die die Gesetze erlauben) und der seit Jahrzehnten bewährten repräsentativ-parlamentarischen Demokratie sowie ihrer wichtigsten kollektiven Akteure, den politischen Parteien. Selbst wenn hier und da Verbesserungsbedarf besteht, sehen wir in einer von Parteien vermittelten, repräsentativ-parlamentarischen Demokratie, so wie sie im Grundgesetz der Bundesrepublik dargelegt ist, immer noch die beste Form der Demokratie. Sie hat sich in mehr als 70 Jahren Praxis bewährt und zeigt auch heute, gerade in Krisenzeiten, wie arbeitsfähig sie ist.

Die Vorstellung von Rechtsradikalen und -extremen, das eigene Volk und die heimische Wirtschaft seien in den Grenzen eines sich immer mehr abschottenden Nationalstaates am besten geschützt, ist nicht kompatibel mit unserer Auffassung, dass globale Herausforderungen wie der Klimawandel, unfaire Handelsbeziehungen und Produktionsbedingungen oder soziale Not in den Ländern der sogenannten „Dritten Welt“ nur gemeinsam, als multinationale Aufgabe gelöst werden können. Der Nationalismus rechter Kreise ist auch unvereinbar mit unserem Bekenntnis zur Europäischen Union und deren weiteren Integration. Für uns ist die EU weit mehr als ein Binnenmarkt. Ungeachtet aller immer wieder auftretenden Probleme ist sie für uns in erster Linie eine Wertegemeinschaft, die jedes einzelne Mitglied, aber auch die Union als Ganzes im globalen Systemwettbewerb stärkt.

Weitab davon, Patentrezepte zu verteilen, ist es unsere Überzeugung, dass die beste Auseinandersetzung mit den Akteuren vom rechten Rand nicht in der permanenten Konfrontation mit ihren Ansichten und Äußerungen besteht, weil ihnen das noch mehr Aufmerksamkeit verschafft. Die beste politische Reaktion besteht unserer Auffassung nach darin, Haltung zu zeigen, zu seinen freiheitlichen und humanistischen Werten und politischen Zielen wie der zielgerichteten Weiterentwicklung der Europäischen Union, der Arbeit an der Zukunftsfähigkeit der deutschen Wirtschaft, der Bildungs- und Sozialsysteme oder dem Umwelt- und Klimaschutz zu stehen, sachliche politische Arbeit zum Wohle des Gemeinwesens zu leisten und dann, wenn es darauf ankommt, auch Krisen gut bewältigen zu können. Das erwarten Menschen zurecht von „der“ Politik, nicht die Hetze oder Diffamierungen, wie sie immer wieder von rechts kommen.

Die politische Auseinandersetzung mit rechtsextremen und -radikalen Kräften ist schwer und wird angesichts der enormen Möglichkeiten, die elektronische Kommunikationswege bei der Verbreitung rechtsradikaler Ideologie bieten, künftig sicher nicht einfacher. Hier stehen politische Mandatsträger, die Träger politischer Bildungsarbeit, Journalisten, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler und natürlich Polizei und Verfassungsschutz vor gewaltigen Herausforderungen – die Sicherheitsorgane sogar in zweifacher Hinsicht: Sie sollen nicht nur die freiheitliche demokratische Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland beschützen; auch in den eigenen Reihen gab und gibt es zu viele Fälle von rechtsextremen Einstellungen. Hier hat sich ein Abgrund aufgetan, den es schnellstmöglich zu schließen gilt, um eine Unterwanderung der Demokratie zu verhindern.

Die Aufgabe der Wissenschaft besteht in erster Linie in der Analyse. Im Namen der Konrad-Adenauer-Stiftung danken wir den beiden Autoren der vorliegenden Studie, Uwe Backes vom Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung in Dresden, und Patrick Moreau, emeritierter Professor des Centre National de la Recherche Scientifique in Strasbourg, für ihre tiefgehende Untersuchung der populistisch-rechtsradikalen und rechtsextremen Milieus in Europa, die Sichtbarmachung von deren Vielschichtigkeit und den aktuellen Entwicklungen. Wie die beiden zurecht schreiben, ist das Verständnis von Ideologie, Organisation und Veränderungen in den Milieus Voraussetzung dafür, rechtsradikalem und -extremem Gedankengut wirksam zu begegnen.

Dr. Peter Fischer-Bollin
Leiter Analyse und Beratung
Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Dr. habil. Karsten Grabow
Projektverantwortlicher bis 31.12.2020
Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Zusammenfassung

- Der zeitgenössische Rechtsextremismus ist vielgestaltig. Das Spektrum reicht von gewaltbereiten Terrorzellen, deren Ziel die Destabilisierung des demokratischen Verfassungsstaates oder gar die Errichtung einer anderen Gesellschaftsordnung auf der Grundlage einer biologischen Rassentheorie ist, bis hin zu sogenannten „weichen“ Gruppierungen, die zwar in einem Spannungsverhältnis zu elementaren Werten und Verfahrensregeln der Demokratie stehen, aber weder einer biologischen Rassentheorie anhängen noch paramilitärische Substrukturen unterhalten.
- In dieser Studie steht der „weiche“ Rechtsextremismus in Europa im Mittelpunkt. Untersucht werden ideologisch-programmatische Aspekte von Parteien, Bewegungen, Vereinigungen, Intellektuellenzirkeln und Medien, die sich europaweit im politischen Raum zwischen christlich-demokratischen und konservativen Parteien auf der einen Seite und harten rechtsextremistischen Gruppierungen auf der anderen bewegen. Diese Formationen bilden weder programmatisch noch organisatorisch oder strategisch einen monolithischen Block, sondern variieren von Land zu Land in ihrem Erscheinungsbild. Ebenso variiert ihre Beschreibung in der Literatur. Oft synonym verwandt werden Bezeichnungen wie „radikale Rechte“ oder „radikal-populistische Rechte“.

Bei aller Heterogenität eint alle Akteure dieses Typs

- die Vorstellung eines homogenen, aber von selbstsüchtigen Eliten unterdrückten Volkswillens, dem sie wieder zur Geltung verhelfen wollen,
- eine ausgeprägte Skepsis bis hin zu offener Feindseligkeit gegenüber demokratisch gewählten (Spitzen-)Politikerinnen und Politikern sowie anderen Eliten aus Wirtschaft, Kultur und Medien,
- die Abneigung gegenüber den Institutionen und Werten der repräsentativen Demokratie (Parlamente, Parteien, Wahlen, Pluralismus),
- die Ablehnung vertiefter internationaler Zusammenarbeit und Integration bei gleichzeitiger Überbetonung bzw. Instrumentalisierung nationaler Identität,
- das Leben in einer Informations-„blase“, in der nur noch Meinungen und Stimmungen ausgetauscht und geteilt werden, die den eigenen entsprechen,
- die Anfälligkeit gegenüber Verschwörungstheorien („großer Austausch“, „Corona als Bluff zur Unterdrückung des Volkes“) und
- das Denken in Feinbildern.

Vorurteile gegenüber gesellschaftlichen Minderheiten, Fremdenfeindlichkeit, Aversionen gegenüber dem Islam und/oder dem Judentum, Fundamentalkritik an der Globalisierung und (Ethno-)Nationalismus kommen hinzu.

- Die Antisystemhaltung und die Ablehnung fundamentaler Werte und Spielregeln demokratischer Verfassungsstaaten ist bei „weichen“ Rechtsextremisten weniger ausgeprägt als bei den „harten“, die sich an den Faschismen der Zwischenkriegszeit orientieren und Gewalt zur Durchsetzung ihrer Ziele nicht ausschließen.
- Mit Blick auf Parteien aus dem rechtsradikal-populistischen Spektrum lautet die zentrale These, dass die zugkräftigsten unter ihnen wie die französische Nationale Sammlungsbewegung (Rassemblement National, früher Front National), die Schwedendemokraten, die italienische Lega oder die Partei Flämische Interessen (Vlaams Belang) – wertneutral gesprochen – „Modernisierungsleistungen“ erbracht haben, die sie von den alten extremen Rechten unterscheiden.
- Wie in dieser Studie gezeigt wird, lehnen die „rechtsradikalen Modernisierer“ den biologischen Rassismus meist entschieden ab. Ihr Plädoyer für den „Ethnopluralismus“ orientiert sich am Leitbild eines Nebeneinanders separierter ethnokultureller Gemeinschaften in entsprechenden Räumen. In den Führungen der modernisierten rechtsradikal-populistischen Parteien spielen Frauen keine unwesentliche Rolle mehr. Gelegentlich stehen oder standen sie gar an der Spitze ihrer Parteien. Sie zeigen eine größere (propagandistische) Offenheit für die Rechte von Frauen und höhere Sensibilität im Verhältnis zu sexuellen Minderheiten, als man dies bei radikalen Rechten vermutet, so ambivalent die innerparteiliche Theorie und Praxis auch ist. Die modernen rechtsradikalen Parteien nehmen auch Anleihen bei zum Teil naturalistischen, antimodernen und/oder esoterischen Umweltschutzbewegungen. Sie vermeiden es, die Schlachten der Vergangenheit zu schlagen (der mittlerweile offiziell aufgelöste AfD-„Flügel“ ist in dieser Hinsicht atypisch), propagieren Anti-Antisemitismus und führen zugleich einen „Kreuzzug“ gegen „den“ Islam, womit sie an muslimfeindliche Haltungen in nicht unbeträchtlichen Teilen der Bevölkerung anknüpfen.
- Parteien und andere Akteure aus dem rechtsradikalen Spektrum nutzen aktiv die gesamte Bandbreite elektronischer Kommunikationstechnologien. Die filterlosen Kanäle im weltumspannenden Netz dienen der globalen Vernetzung, dem Austausch von Informationen, Materialien und Live-Bildern, der Suche nach Anerkennung für Attentate oder „Manifeste“, der Mobilisierung für Aufmärsche, der Diffamierung von Gegnern, der Verbreitung von Hasspropaganda, Falschmeldungen, dem gezielten Überhören von Empörung und letztlich der

Beeinflussung der öffentlichen Meinung. Bei ihren Zielgruppen haben die Absender derartiger Nachrichten einen außerordentlichen Verbreitungsgrad, in manchen Fällen quasi das Informationsmonopol.

- Die „rechtsradikalen Modernisierer“ sind weit weniger als harte Rechtsextremisten mit gewaltgeneigten Gruppierungen verflochten. Es fehlt meist die für die Faschismen der Zwischenkriegszeit typische Verkoppelung von „Wahl-“ und „Straßenpolitik“ mit paramilitärischen Substrukturen, auch wenn in manchen Parteien oder Parteiströmungen wie im mittlerweile aufgelösten „Flügel“ der AfD immer wieder von Straßenpolitik die Rede war (und ist). Der Hang zum Autoritären zeigt sich gerade bei den programmatisch Flexibelsten unter ihnen in der Affinität zum Putin-Regime, das als Bollwerk gegen „westliche Dekadenz“, als Beispiel national-imperialer Selbstbehauptung oder als Stütze und Hort traditioneller Werte bewundert wird.
- In einigen der rechtsradikal-populistischen Parteien tobt derzeit ein Kampf um die strategische Ausrichtung zwischen Fundamentalopposition auf der einen Seite und moderateren Tönen auf der anderen, mit denen diese Parteien versuchen, Anschluss an konservative Kreise zu finden. Die erfolgreicher und bedeutsameren Parteien aus dem rechtsradikalen Spektrum haben den letztgenannten Weg eingeschlagen.
- Wer den „weichen“ Rechtsextremismus oder rechtsradikalen Populismus zum Thema macht, muss der Ambivalenz dieser Strömungen, Bewegungen und Parteien Rechnung tragen. Wer dabei die Modernisierungsleistungen des Rechtspopulismus und Rechtsextremismus übersieht, zeichnet kein realistisches Bild und ist kaum in der Lage, die Mobilisierungskraft der Parteien zu erklären und ihnen wirksam zu begegnen.
- Dass das nützt, sei es mit den Mitteln der politischen Auseinandersetzung, sei es den Instrumenten des Rechtsstaats, zeigt das Gefährdungspotential, das von den rechtsradikalen Kräften für die Demokratie ausgeht. So laufen ihre Vorstellungen eines homogenen Volkswillens mit kollektiven Identitätsanforderungen dem Pluralismus zuwider, der ein Wesensmerkmal freiheitlicher Demokratien ist. Auch rigide Freund-Feind-Unterscheidungen, die Verleumdung politischer Gegner, die Aberkennung der Legitimität anderer Meinungen, die Verunglimpfung gesellschaftlicher Minderheiten als Quelle von Missständen oder Bedrohungslagen, die Anfälligkeit und das Verbreiten von Verschwörungstheorien wie eines bevorstehenden und von den demokratisch gewählten Regierungen hauptsächlich aus Westeuropa angestrebten „großen Bevölkerungsaustauschs“ oder der absichtlichen Verbreitung des Corona-Virus‘ zur Unterdrückung des Volkes

sind mit den grundlegenden Funktionsbedingungen demokratischer Aushandlungsprozesse und der demokratischen Debattenkultur unvereinbar. Sie stellen eine Gefahr für den demokratischen Verfassungsstaat dar. Mithilfe moderner Kommunikationstechnologien erreichen die zeitgenössischen rechtsradikal-populistischen und -extremen Gruppierungen ein großes Publikum.

- Die Studie kehrt die innovativen Seiten insbesondere jener Parteien hervor, deren Fraktion im Europäischen Parlament den Namen „Identität und Demokratie“ trägt. Damit leistet sie einen Beitrag zum Verständnis des heutigen, modernisierten „weichen“ Rechtsextremismus. Sie erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit, konzentriert sich vielmehr auf solche Aspekte im politischen Angebotsprofil, die erklären können, warum die modernisierten Rechten besser als ihre Konkurrenten in der Lage sind, eine spezifische Nachfrage auf dem Wählermarkt zu befriedigen.

1. Einleitung: Zwischen Demokratie und Neofaschismus

Mit dem Begriff „radikale Rechte“ beschreibt die international vergleichende Forschung Parteien, Bewegungen, Vereinigungen und Intellektuellenzirkel, die sich europaweit im politischen Raum zwischen etablierten christlich-demokratischen und konservativen Parteien und harten rechtsextremistischen Gruppierungen mit ideologischer Nähe zu den Faschismen der Zwischenkriegszeit bewegen. Sie bilden aber weder programmatisch noch organisatorisch oder strategisch einen monolithischen Block, sondern variieren von Land zu Land in ihrem Erscheinungsbild. Ihre Eigenarten pflegen sie nicht selten auf eine Weise, die Vergleiche über nationale Grenzen hinweg erschwert oder gar unmöglich macht. Wer Klischees bei ihrer Beschreibung vermeiden will, muss über ihre Gemeinsamkeiten hinaus die Ursachen ihrer inneren Konflikte und Divergenzen erfassen, sofern diese nicht ausschließlich auf personellen Rivalitäten beruhen. Dabei ist im Sinne des Oxforder Ideenhistorikers Michael Freedon zwischen dem „Kernkonzept“, dem Hauptproblem, und den angelagerten Streitfragen und Orientierungspunkten zu unterscheiden (Freedon 2013). Die Grenzen des politischen Raumes lassen sich bestimmen, indem die Unterschiede zu den christdemokratischen und konservativen Parteien und Milieus einerseits, zu den historischen Faschismen andererseits herausgearbeitet werden. Sie dürften allerdings schon deswegen fließend sein, weil auch die Gegenstände dieser Abgrenzung keine uniforme Masse bilden und ständig in Bewegung sind.

Die sich in Parteien organisierende Christdemokratie – das „Zentrum“ in Deutschland bereits im Kaiserreich, die Volkspartei (Partito Popolare) in Italien nach dem Ersten Weltkrieg – führte seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert die christlich geprägten und kirchennahen Bevölkerungsteile an das politische System des Liberalismus (Parlamentarismus, Gewaltenkontrolle, Rechtsstaat, Parteienpluralismus) heran. Neben der Sozialdemokratie war die Christdemokratie auch eine der prägenden politischen Strömungen Nachkriegseuropas, die maßgeblichen Anteil an der Reetablierung demokratischer Verfassungsstaaten und am Prozess der europäischen Integration hatte (Gehler, Kaiser und Wohnout 2001). Dieses historische Erbe wird am rechten Rand der Parteiensysteme mehr oder weniger radikal in Frage gestellt: in Gestalt eines autoritären Konservatismus, der mit liberalen Ideen vor allem Dekadenz und grenzenlose Permissivität verbindet; in Gestalt eines (Ultra-)Nationalismus, der den Nationalstaat überhöht und Souveränitätsverluste jeglicher Art beklagt; in Gestalt eines Ethnozentrismus, der den Wert des Eigenen preist und das Fremde nativistisch abwehrt; mitunter auch

in Gestalt eines „nationalen Sozialismus“, der sich revolutionär gebärdet und die positiven Seiten der Faschismen der Zwischenkriegszeit hervorkehrt.

Die im Mittelpunkt dieser Untersuchung stehenden Parteien unterscheiden sich politisch von christdemokratischen und konservativen Parteien ebenso wie von NS-affinen Gruppierungen. Um sie zu beschreiben und abzugrenzen, benutzen Publizisten und Wissenschaftler unterschiedliche Begriffe und Attribute. Ein Problem besteht darin, dass der historische Wandel der Objekte nicht immer angemessen erfasst wird. Denn die erfolgreichsten Parteien sind nicht jene, die historische Vorbilder nachahmen, sondern solche, die responsiv auf gesellschaftlichen Wandel reagieren. Sie erbringen spezifische Modernisierungsleistungen, deren Missachtung weite Teile des heutigen Rechtsextremismus und seine Mobilisierungskraft zu einem unauflösbaren Rätsel macht.

Zu ihrer Beschreibung wird häufig das schillernde Wort „Populismus“ benutzt. Wissenschaftler haben sich bemüht, den Begriff mit markanten Konturen zu versehen. Viele folgen inzwischen Cas Mudde und anderen Autoren, die Populismus als „dünne Ideologie“ verstehen. Diese könne flexibel mit anderen Ideologieelementen (wie Nationalismus) verknüpft werden (zuletzt Mudde 2019: 30). Die „dünne Ideologie“ bestehe aus der Entgegensetzung einer als homogen gedachten politischen Elite („Kartell“, „politische Klasse“, „Establishment“) und einem ebenso homogen vorgestellten Volk, dessen „wahre Interessen“ von den Herrschenden schändlich verraten („Volksverräter“, „Lügenpresse“), aber von den Populisten tapfer vertreten werden.

In dieser Definition wird eine Problemzone im Verhältnis zu den Minimalbedingungen freiheitlicher Demokratie sichtbar. Das Konzept des „wahren Volkswillens“ ist ideologiegeschichtlich eng mit der Tradition des Antipluralismus verknüpft (Fraenkel 2011). Es stammt aus dem Ideenreservoir einer „totalitären Demokratie“, die der Ideologehistoriker Jacob Talmon dem Typus der „liberalen Demokratie“ entgegensetzt (Talmon 2013). Antipluralismus unterhöhlt eine zentrale Säule des demokratischen Verfassungsstaates, dem die Überzeugung von der Legitimität einer Vielfalt von Meinungen, Interessen und Anschauungen zugrunde liegt. Wer Politik auf einen Kampf „Wir“ gegen „die Anderen“ zuspitzt, weckt begründete Zweifel, ob er im Falle einer Regierungsübernahme bereit wäre, den zu Feinden erklärten „Anderen“ einen geschützten Raum zu gewähren.

„Populismus“ steht daher keineswegs notwendigerweise im Gegensatz zum „Extremismus“ im Sinne der Ablehnung fundamentaler Werte und Spielregeln freiheitlicher Demokratie (Backes 2006: 238–248). Schnittmengen ergeben sich insbesondere zum „weichen Extremismus“ (Jesse und Thieme 2011: 20), der weder Gewalt propagiert noch mit gewaltorientierten Gruppen kooperiert. Im Antipluralismus treffen sich Populismus und Extremismus.

Warum ist dann nicht durchgängig von der extremistischen Rechten die Rede? Mit dem etwas weniger scharf konturierten Terminus „radikale Rechte“ wird hier

vor allem der Tatsache Rechnung getragen, dass Akteure im politischen Raum zwischen Christdemokratie und Konservatismus auf der einen und Neofaschismus und Neonationalsozialismus auf der anderen Seite unterwegs sind, deren integrale Einordnung als „antidemokratisch“ oder „extremistisch“ Probleme aufwirft. Manche weisen gemäßigtere, andere extreme Strömungen auf. Vor allem aber haben sie sich weiterentwickelt, modernisiert und Distanz zu den Faschismen gewonnen. Parteien wie Vox in Spanien oder die dänische Volkspartei (DF, vgl. Tabelle 1 und Abkürzungsverzeichnis) sind nicht aus dem ultranationalistischen Lager heraus entstanden. Andere, z. B. die niederländische Freiheitspartei PVV, begannen als Abspaltungen von etablierten demokratischen Parteien oder haben sich (wie die AfD) als politische Neugründungen radikalisiert. Insbesondere die bei Wahlen erfolgreichen Formationen verknüpfen antiliberaler und antipluralistische mit demokratischen Elementen, etwa der Betonung der Volkssouveränität und der Vorliebe für direktdemokratische Mechanismen (mit der Schweiz als erklärtem Vorbild). Ihre Antisystemhaltung (im Verhältnis zu den Minimalbedingungen der europäischen Demokratien) ist schwächer ausgeprägt als bei „harten“ rechts-extremistischen Parteien, die, wie die deutsche NPD, eine starke Affinität zu den Faschismen der Zwischenkriegszeit zeigen. In der Terminologie Cas Mudde akzeptiert die radikale Rechte die „Essenz der Demokratie“ (Mudde 2019: 7) in Gestalt von Volkssouveränität und Mehrheitsregel, während die extreme Linke sie ablehnt. Beide trafen sich im Antiliberalismus. Aber ist der Liberalismus in diesem Sinne nicht ebenfalls „Essenz der Demokratie“? Wer die terminologische Einordnung mit einem Fragezeichen versieht, darf die analytischen Kategorien nicht missachten, die zu einer differenzierteren Einordnung beizutragen vermögen.

Die „radikale populistische Rechte“, wie sie in der Komparatistik oft genannt wird, steht im Mittelpunkt dieser Untersuchung. Auch wir verwenden diese Bezeichnung angesichts der Schwierigkeiten einer einheitlichen und für alle Fälle gleichermaßen zutreffenden Begriffsbestimmung bei dieser von Land zu Land stark variierenden Politikströmung zwischen Konservatismus und Rechtsextremismus. Synonym ließe sich aber ebenso gut von rechtsradikal-populistischen Parteien und Strömungen sprechen. Sie alle erfüllen überwiegend die Kriterien, die Eckhard Jesse und Tom Thieme dem „weichen Extremismus“ (im Unterschied zu „harten“ Formen) zuschreiben (Jesse und Thieme 2011: 20). Sie weisen beträchtliche Spannungszonen im Verhältnis zu den minimalen Werten und Spielregeln demokratischer Verfassungsstaaten auf, folgen aber keiner „Großideologie“, zeigen Distanz zu den Faschismen der Zwischenkriegszeit, propagieren in ihren Programmen keine autokratische Alternative zur liberalen Demokratie, üben radikale Elitenkritik im Namen der Demokratie und mit Berufung auf den „wahren Volkswillen“ und weisen keine paramilitärischen Substrukturen auf.

Etliche Parteien aus dem rechtsradikal-populistischen Spektrum haben zudem bemerkenswerte Modernisierungsprozesse durchlaufen. Vorbildhaft wirkte vor

allem der französischen RN, der sich unter der Tochter des Parteigründers vom kontaminierten Erbe des Vaters (Antisemitismus, Holocaust-Leugnung) löste, das Image der machistischen Männerpartei abstreifte und an Attraktivität für weibliche Wähler gewann. Ähnliche Wandlungen waren bei den Schwedendemokraten (SD), der Partei Die Finnen und bei der DF zu beobachten. Abgesehen davon, dass diese Parteien von den Möglichkeiten der digitalen Kommunikation besonders früh und rege Gebrauch machten, werden sie auf den Online-Kanälen von jüngeren Gesichtern, meist aus dem Umfeld der Identitären Bewegung (IB), repräsentiert und vertreten in Sachen Minderheiten differenziertere Positionen. Manche zeigten sogar von Anfang an Offenheit für Homosexuelle (PVV, SD) oder öffneten sich für Themen wie z. B. Umwelt- und Naturschutz (vgl. Kapitel 3.11), die nicht zum Kernrepertoire dieser Parteienfamilie zählen. Die im Vergleich zu den harten rechts-extremistischen Parteien beachtlichen Modernisierungsleistungen überdecken zum Teil die ideologische Radikalität in anderen Fragen (wie der Muslimfeindlichkeit) und erhöhen ihre Anziehungskraft auf neue Wählergruppen (Jüngere, Frauen, Mittelschicht) (Grabow 2020a).

Die Untersuchung beginnt mit einer Sichtung des Akteursfeldes, ausgehend von den Fraktionen im Europaparlament. Die ausführliche Beschäftigung mit den zentralen Themenfeldern und dem ideologisch-programmatischen Profil der Parteien soll den Schlüssel für das Verständnis ihrer Erfolge bilden. Allerdings gehört dazu nicht nur das politische Angebot, sondern auch eine Nachfrage, die Konkurrenten nur unzureichend zu befriedigen vermögen. Den Abschluss bildet eine Betrachtung des Gefahrenpotentials, das von den Modernisierern am rechten Rand der europäischen Parteiensysteme für Stabilität und Bewahrung der demokratischen Verfassungsstaaten ausgeht.

2. Akteure: Parteien und ihr organisatorisches Umfeld

Der organisatorische Nukleus, von dem die Betrachtung des Akteursfeldes der „radikalen Rechten“ auf europäischer Ebene ihren Ausgangspunkt nehmen kann, besteht in den Fraktionen des Europäischen Parlaments, in denen die meisten der relevanten Parteien vertreten sind. Waren es über mehrere Legislaturperioden hinweg drei Fraktionen, in denen sich rechtsradikale, -populistische und -nationale Parteien organisierten, sind es seit den Europawahlen vom Mai 2019 nur noch zwei. Dabei spielt die größer gewordene Fähigkeit zur Bündelung der Kräfte ebenso eine Rolle wie der Brexit, da eine der drei Fraktionen (Europa der Freiheit und der direkten Demokratie, EFDD) bis zum Frühjahr 2019 von der United Kingdom Independence Party (UKIP, im Bündnis mit der schillernden italienischen Fünfsternebewegung) dominiert wurde.

Die beiden nach den Europawahlen vom Mai 2019 gebildeten Fraktionen heißen „Europäische Konservativen und Reformer“ (ECR) sowie „Identität und Demokratie“ (ID) als Nachfolgerin der Fraktion „Europa der Nationen und der Freiheit“ (ENF), die unter diesem Namen über eine Legislaturperiode hinweg bestand. Beide neu formierte Fraktionen sind in ihrer inneren Zusammensetzung durch die Ergebnisse der Europawahlen erheblich verändert worden.

In der ECR hatten die britischen Konservativen bis zum Frühjahr 2019 eine identitätsstiftende Bedeutung. Nach deren Austritt mit dem Brexit Ende Januar 2020 wurde die mit erhöhter Mandatszahl eingezogene polnische Regierungspartei Recht und Gerechtigkeit (PiS, 26 von 62) tonangebend. In ihrer Mandatsstärke weit abgeschlagen folgen die Brüder Italiens (FdI, 5 Abgeordnete) und die tschechische Bürgerlich-demokratische Partei (ODS, 4 Mandate). Nur jeweils drei Abgeordnete stellen die spanische Vox, die Neue Flämische Allianz (N-VA), das niederländische Forum für Demokratie (FvD) und die Schwedendemokraten (SD). Weniger als drei Mandate haben die Bulgarische Nationale Bewegung (IMRO), die deutsche Familien-Partei, die Griechische Lösung (EL), die Richtung Italien (DI), die Kroatische Konservative Partei (HKS), die Nationale Vereinigung aus Lettland (NA), die Wahlaktion der Polen in Litauen (LLRA), die Reformierte Politische Partei aus den Niederlanden (SGP), die polnische Solidarna Polska und die Partei Freiheit und Solidarität aus der Slowakischen Republik (SaS, für die vollen Namen und offiziellen Abkürzungen der Parteien siehe Tabelle 1 und Abkürzungsverzeichnis).

Die Befunde von Duncan McDonnell und Annika Werner dürften auf die neugebildete ECR übertragbar sein: Sie zeichnet sich im Vergleich zur ID-Fraktion durch ein höheres Maß an programmatischer Heterogenität aus. So zählt die spanische Vox allenfalls zu den weichen Euroskeptikern, während man die SD zu den harten

EU-Gegnern zählen muss, die u. a. den Austritt ihres Landes aus der EU fordern. Gleiches gilt für die FdI, die in dieser Hinsicht wohl eher in die ID-Fraktion gepasst hätte. Der Anschluss an die ECR dürfte eher mit dem Konkurrenzverhältnis zur Lega zu erklären sein. Zudem erhoffen sich Parteien mit kontaminierter Vergangenheit (Neonationalsozialismus im Falle der SD, neofaschistische Traditionselemente bei den FdI) Ansehensgewinne zu Hause, wenn sie sich auf europäischer Ebene einer etwas gemäßigeren Gruppe anschließen (McDonnell und Werner 2019: 55–92).

Während der französische FN/RN in der alten ENF-Fraktion (bis 2019) dominierte, muss der RN sich die Führungsrolle (22 Mandate) innerhalb der ID-Fraktion mit der noch stärkeren Lega (28 Mandate) teilen. Gerne hätte Legachef Salvini die ungarische Fidesz, deren Mitgliedschaft in der EVP-Fraktion seit März 2019 ruht, in die Fraktion geholt, aber ihr Präsident Viktor Orbán, konnte sich trotz vieler Übereinstimmungen mit Salvini nicht zu diesem Schritt durchringen (Verenkotte 2019). Die drittgrößte Delegation stellt die AfD (11 Mandate). Danach kommen in der Stärke-Rangliste der belgische VB und die aus den Wahlen infolge des Ibiza-Skandals geschwächt hervorgegangene österreichische FPÖ mit jeweils drei Mandaten. Noch weniger Mandate haben die dänische DF, die estnische EKRE, die finnische PS und die tschechische SPD.

ECR und ID haben sich in europäischen Parteien organisiert, deren Mitglieder den Kreis der bei Wahlen erfolgreichen Formationen übersteigen. Die Europapartei ID ging 2019 aus der „Bewegung für ein Europa der Nationen und der Freiheit“ hervor. Parteivorsitzender ist der VB-Politiker Gerolf Annemans. In ihr sind auch einige Parteien vertreten, die 2019 nicht ins Europaparlament gelangten – wie die slowakische SME Rodina (3,2 Prozent) und die griechische „Nea Dexia“ (0,66 Prozent) (ID 2020a). Im Oktober 2019 entstand als Nachfolgerin der „Allianz der Konservativen und Reformer in Europa“ die Partei „Europäische Konservative und Reformer“. Präsidentin seit September 2020 ist die FdI-Vorsitzende Giorgia Meloni. Der EKR gehört eine stattliche Zahl von Parteien aus Nicht-EU-Ländern an, z. B. die Republikanische Partei Albaniens (ECR 2020b).

Mit ID und EKR konkurrieren die eng an den Faschismen der Zwischenkriegszeit orientierten Parteien, die auf europäischer Ebene einen eigenen Verband bilden: die 2014 ins Leben gerufene Allianz für Frieden und Freiheit (Alliance for Peace and Freedom, APF). Zu ihren Mitgliedern zählen die NS-affine deutsche NPD, die tschechische DSSS, die neofaschistische italienischen Forza Nuova, die in der Tradition der Falange stehende spanische Democracia Nacional (DN) und die rumänische Noua Dreapta, bei der die Eiserne Garde und deren charismatischer Gründer Corneliu Zelea Codrianu Pate stehen. In der Allianz aktiv ist auch Hervé van Laethem, Repräsentant der „solidaristischen“ belgischen Kleinstpartei „Nation“. Im März 2019 nahm er – mit dem früheren NPD-Vorsitzenden Udo Voigt und Roberto Fiore (Forza Nuova) – an einem Treffen mit dem Hisbollah-Führer Sayed Ammar Al Moussavi teil, auf dem sich die Teilnehmer der gemeinsamen Ab-

wehrhaltung gegen „Israel, Terrorismus und Imperialismus“ vergewisserten (Sones 2019).

Im neuen Europaparlament ist die Allianz nur in Gestalt der (fraktionslosen) slowakischen „Kotlebovci“ (LSNS; Freunde von Marian Kotleba) vertreten, die mit 12,1 Prozent der Stimmen überraschend zwei Mandate errangen, weil sie sich als Kämpfer gegen Korruption präsentierten und ihre Affinitäten zur antisemitischen, mit dem NS-Staat kooperierenden Hlinka-Garde in den Hintergrund treten ließen. Marian Kotleba tritt inzwischen lieber in Anzug und Krawatte als in der schwarzen Uniform seiner paramilitärischen Truppe auf.

Die radikale Rechte ist um Distanz zu dieser harten extremistischen Rechten bemüht. Nachgewiesene Kontakte führen zu Reputationsverlusten. Das gilt besonders für die AfD, über der das Damoklesschwert der Beobachtung durch den Verfassungsschutz schwebt. Die Partei rief nach dem tödlichen Messerangriff eines syrischen Flüchtlings auf einen jungen Deutschen kubanischer Abstammung in Chemnitz zu einem „Schweigemarsch“ am 1. September 2018 auf. Vorstandsmitglieder vom rechten „Flügel“ schritten neben Repräsentanten der Dresdener Protestbewegung „Pegida“ an der Spitze des Demonstrationzuges, gefolgt von Vertretern zahlreicher vom Verfassungsschutz beobachteter Organisationen wie Martin Sellner (Identitäre Bewegung Österreich), Maik Arnold (ehemaliges Mitglied der verbotenen Nationalen Sozialisten Chemnitz), Christian Fischer (ehemals führend in der verbotenen „Heimattreuen Deutschen Jugend“), Götz Kubitschek („Institut für Staatspolitik“) und dem bayerischen Anti-Islam-Prediger Michael Stürzenberger (Bayerisches Staatsministerium des Innern 2018). Daraufhin geriet die Partei nicht nur von außen unter Druck, sondern auch in ihrem Inneren (Gallus 2019). Der Hamburger Wirtschaftswissenschaftler und AfD-Fraktionsvorsitzende Jörn Kruse erklärte wegen der mangelnden Distanz zu Rechtsextremisten Ende September 2018 seinen Parteiaustritt (Maus, Röpke und Seemann 2018; Speit 2018).

Zahlreiche Führungsmitglieder radikaler rechter Parteien waren in ihrer Jugend in harten rechtsextremistischen Organisationen aktiv, andere entstammen demokratischen Parteien. Programmatische Differenzen bestehen durchaus. Abgrenzungsbemühungen und Unvereinbarkeitslisten sind deshalb nicht nur taktisch-strategische Manöver. Die radikal rechten Parteien verbindet wenig mit dem Nachahmerfaschismus militanter Jugendsubkulturen oder den Zirkeln elitärer Nationalrevolutionäre, die mit Verachtung auf den „Wahlzirkus“ und die „parlamentarischen Schwatzbuden“ blicken. Enge Kontakte bestehen vor allem zum europäischen Netzwerk der „Identitären“, die in Frankreich aus einer Strömung der Neuen Rechten entstanden sind und sich von dort auf andere europäische Länder ausgedehnt haben (Zúquete 2018). In Frankreich waren führende IB-Vertreter FN-Mandatsträger auf regionaler Ebene oder dienten als Berater von FN-Bürgermeistern (Camus 2018: 4). Sie sind innerhalb der Partei verankert, ohne mit ihren Positionen deswegen unbedingt repräsentativ zu sein.

Die Verflechtungen der besonders aktiven Wiener Identitären mit der FPÖ führten zu einer öffentlichen Auseinandersetzung in Österreich, nachdem bekannt geworden war, dass der Christchurch-Attentäter dem Anführer der IBÖ im Jahr zuvor eine Spende hatte zukommen lassen. In einem Dossier wurden zahlreiche Verbindungen von FPÖ-Politikern zu Identitären nachgewiesen (SOS Mitmensch 2019). Der ehemalige FPÖ-Vizebürgermeister von Wiener Neustadt geriet unter Druck, weil er im Jahr 2016 Kundgebungsteilnehmer willkommen geheißen hatte: „Liebe Identitäre Bewegung, ich begrüße euch recht herzlich in Wiener Neustadt! [...] Bewegungen wie die Pegida in Deutschland, die sind die Speerspitze, die die Bevölkerung im Kampf gegen die Bundesregierung und gegen dieses System noch brauchen wird“ (Die Presse 2019).

In Deutschland besteht ein enger Austausch zwischen den Zirkeln der Identitären und dem „Institut für Staatspolitik“ Götz Kubitscheks, der wiederum intensive Beziehungen zum „Flügel“ der AfD unterhält (Kailitz 2020; Pfahl-Traugher 2019: 23–31). Kubitschek gilt als Ideengeber Björn Höckes. Nicht wenige Programmelemente der AfD haben ihren Ursprung in Theoriediskussionen, die in den Zeitschriften und Medien der „Neuen Rechten“ in Deutschland, Frankreich und anderen europäischen Ländern über mehrere Jahrzehnte hinweg geführt worden sind (Bar-On 2013).

3. Ideologien und Programme

Parteien sind selten ideologisch homogene Gebilde – am rechten Rand der Parteiensysteme noch weitaus weniger als am linken (Ennsner 2012). Politische Programme enthalten oft mühsam erarbeitete Formelkompromisse, die einer mittleren Linie zwischen konträren innerparteilichen Positionen entsprechen, vage formuliert sind und Klarheit sorgfältig vermeiden. Dies gilt für die parteipolitisch organisierten Vertreter einer „radikalen Rechten“ ebenso wie für Formationen aus anderen politischen „Familien“.

3.1 Ethnonationalismus

Als kleinsten gemeinsamen Nenner der „radikalen Rechten“ bestimmen zahlreiche Komparatisten den Ethnonationalismus. Er basiert auf einem Nationverständnis, das im Unterschied zu liberalen und republikanischen Varianten vom Leitbild ethnischer Homogenität ausgeht. Sie gilt es zu bewahren oder wiederherzustellen, wo immer sie bedroht wird. Ethnonationalismus geht mit Nativismus einher, der die Rechte der „angestammten“ Bevölkerung gegen gefährliche „Eindringlinge“, meist Immigranten, verteidigt (Mudde 2019: 27). So warnt die AfD-Jugendorganisation Junge Alternative in ihrem „Deutschlandplan“ vor destabilisierenden „Einmischungen“ und verlangt von allen Einwanderern strikte Assimilation. Einwanderer hätten „unsere Identität an kommende Generationen so weiterzugeben, wie es autochthone Deutsche tun“ (Junge Alternative 2019: 29, 32).

Der Ethnonationalismus von heute fußt meist auf dem Konzept des „Ethnopluralismus“, das „neu-rechte“ Theoriezirkel in Deutschland und Frankreich in den 1970er Jahren entwickelt haben (Moreau 1983; Greß, Jaschke und Schönekas 1990). Es hat europaweit Verbreitung gefunden und bricht mit der Rassenhierarchie („höhere“ und „niedere Rassen“) des älteren biologischen Rassismus, betont den kulturellen Reichtum der erhaltenswerten „Vielfalt der Völker“ und ihre zu bewahrende kulturelle Homogenität. Mit dem älteren Rassismus teilt dieser „Differentialismus“ die Mischungsaversion: Nur relativ homogene „Ethnien“ könnten ihr kulturelles Potential entfalten, während Vermischung kulturellen Abstieg nach sich ziehe. Dieses ethnische „Reinheitsgebot“ gilt für kulturell weit entfernte Gruppen, während die Vermischung der europäischen Völker wegen ihrer kulturellen Gemeinsamkeiten aus dieser Sicht kein Problem darstellt.

Das Konzept des Ethnopluralismus ist variantenreich und lässt extreme wie moderatere Auslegungen zu. Die gemäßigte Form, wie sie von dem französischen